

BGH-Leitsatz-Entscheidungen

1. **UWG, PAngV: Unlauterkeit bei Angabe einer Preisermäßigung**
Urteil vom 09.10.2025, Az: I ZR 183/24
2. **BGB, GmbHG: Auslegung eines Verjährungsverzichts**
Urteil vom 10.12.2025, Az: II ZR 128/24
3. **VRB 1994: Unklare Klausel zur Begrenzung des Deckungsschutzes**
Urteil vom 15.10.2025, Az: IV ZR 86/24
4. **BGB: Abschleppen bei Parkscheinüberschreitung**
Urteil vom 19.12.2025, Az: V ZR 44/25
5. **GG: Nichtberücksichtigung eines Bestreitens**
Beschluss vom 16.12.2025, Az: VI ZR 226/23
6. **BGB, BRAO: Herausgabe der Handakte bei Übernahme des Anwaltsvertrages**
Urteil vom 15.01.2026, Az: IX ZR 153/24
7. **BGB: Inhaltskontrolle des Entgelts für Kreditablösung**
Urteil vom 14.01.2025, Az: XI ZR 35/24
8. **FamFG: Beschwerdeberechtigung bei Auswahl des Vormunds**
Beschluss vom 10.12.2025, Az: XII ZB 262/24
9. **BtMG: Nicht geringe Menge bei ADB-BINACA**
Beschluss vom 20.08.2025, Az: 1 StR 326/25

Urteile und Beschlüsse:

1. **UWG, PAngV: Unlauterkeit bei Angabe einer Preisermäßigung**
Urteil vom 09.10.2025, Az: I ZR 183/24
 - a) Nach § 11 Abs. 1 in Verbindung mit § 1 Abs. 3 Satz 2 PAngV muss der zur Angabe eines Gesamtpreises Verpflichtete bei Bekanntgabe einer Preisermäßigung für eine Ware den niedrigsten Gesamtpreis, den er für das beworbene Produkt innerhalb der letzten 30 Tage vor Anwendung der Preisermäßigung angewandt hat, in einer für den angesprochenen Verbraucher eindeutigen, klaren und verständlichen Weise angeben.
 - b) In Fällen der Verletzung des § 11 Abs. 1 PAngV ist die Unlauterkeit einer geschäftlichen Handlung nach §§ 5a und 5b UWG und nicht nach § 3a UWG zu beurteilen (Fortführung von BGH, Urteil vom 19. Mai 2022 - I ZR 69/21 , GRUR 2022, 1163 [juris Rn. 60] = WRP 2022, 977 - Grundpreisangabe im Internet; Urteil vom 23. März 2023 - I ZR 17/22 , BGHZ 237, 1 [juris Rn. 65] - Aminosäurekapseln, jeweils mwN).

2. BGB, GmbHG: Auslegung eines Verjährungsverzichts

Urteil vom 10.12.2025, Az: II ZR 128/24

Zur Auslegung einer Verjährungseinredeverzichtserklärung eines vom Insolvenzverwalter nach § 64 GmbHG a.F. in Anspruch genommenen Geschäftsführers.

3. VRB 1994: Unklare Klausel zur Begrenzung des Deckungsschutzes

Urteil vom 15.10.2025, Az: IV ZR 86/24

Lässt sich den vereinbarten Klauseln einer Verkehrs-Rechtsschutzversicherung (hier u.a.: § 21 Abs. 2 und Abs. 8, § 23 Abs. 3 Satz 4 VRB 1994) nicht eindeutig entnehmen, dass der versprochene Deckungsschutz auch im Fall der Anschaffung eines Ersatzfahrzeugs auf Versicherungsfälle begrenzt werden soll, die nach Zulassung dieses Fahrzeugs eintreten, sondern ist auch eine Auslegung möglich, dass in diesem Fall Deckungsschutz ebenfalls für Versicherungsfälle gewährt wird, die vor Zulassung des Fahrzeugs auf den Versicherungsnehmer eingetreten sind (hier: Erwerb eines mit einer unzulässigen Abschaltvorrichtung versehenen Fahrzeugs), sind die Klauseln unklar (§ 305c Abs. 2 BGB).

4. BGB: Abschleppen bei Parkscheinüberschreitung

Urteil vom 19.12.2025, Az: V ZR 44/25

Wer ein Fahrzeug über das auf dem Parkschein ausgewiesene Parkzeitende hinaus auf einem gebührenpflichtigen privaten Parkplatz abstellt, begeht verbotene Eigenmacht. Der Grundstückseigentümer darf infolgedessen das Fahrzeug abschleppen lassen; eine Wartepflicht trifft ihn insoweit regelmäßig nicht.

5. GG: Nichtberücksichtigung eines Bestreitens

Beschluss vom 16.12.2025, Az: VI ZR 226/23

Die offenkundig unrichtige Nichtberücksichtigung eines Bestreitens wegen mangelnder Substantiierung verletzt Art. 103 Abs. 1 GG (hier: Bestreiten des Unterschiebens eines Fehlzitats - Kohl-Protokolle).

6. BGB, BRAO: Herausgabe der Handakte bei Übernahme des Anwaltsvertrages

Urteil vom 15.01.2026, Az: IX ZR 153/24

BGB §§ 133 B, 157 C, 675

Eine Anwaltssozietät ist bei einem Ausscheiden eines ihrer anwaltlichen Gesellschafter jedenfalls dann aufgrund einer ergänzenden Vertragsauslegung verpflichtet, der vom Mandanten gewünschten Übernahme eines Anwaltsvertrags durch den ausscheidenden Rechtsanwalt zuzustimmen, wenn der Anwaltsvertrag mit der Sozietät einen Einzelauftrag oder einen Auftrag mit beschränktem Gegenstand betrifft, die Sachbearbeitung allein durch den ausscheidenden Rechtsanwalt erfolgt ist, der Mandant sachlich zutreffende Informationen über seine Handlungsmöglichkeiten erhalten hat und keine unlautere Beeinflussung des Mandanten erfolgt ist.

BGB § 667; BRAO § 50

Scheidet der sachbearbeitende Rechtsanwalt aus der zunächst beauftragten Anwaltssozietät aus und wird der Anwaltsvertrag wirksam auf diesen Rechtsanwalt als neuen Vertragspartner übertragen, kann der Mandant von der Sozietät die Herausgabe der vollständigen Handakten an diesen verlangen.

7. BGB: Inhaltskontrolle des Entgelts für Kreditablösung

Urteil vom 14.01.2025, Az: XI ZR 35/24

Das bei einer Darlehensablösung von dem bisherigen Kreditinstitut in einer Vielzahl von Fällen von dem neuen Kreditinstitut geforderte Entgelt für den mit der Ablösung des Kredits verbundenen Aufwand ist als Allgemeine Geschäftsbedingung anzusehen. Sie unterliegt nach § 307 Abs. 3 Satz 1 BGB der richterlichen Inhaltskontrolle und ist gemäß § 307 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Nr. 1 BGB unwirksam (Fortführung Senatsurteil vom 10. September 2019 - XI ZR 7/19, BGHZ 223, 130).

8. FamFG: Beschwerdeberechtigung bei Auswahl des Vormunds

Beschluss vom 10.12.2025, Az: XII ZB 262/24

Der Elternteil, dem die elterliche Sorge entzogen worden ist, ist hinsichtlich der isoliert angefochtenen Auswahl des Vormunds nicht beschwerdeberechtigt.

9. BtMG: Nicht geringe Menge bei ADB-BINACA

Beschluss vom 20.08.2025, Az: 1 StR 326/25

Die nicht geringe Menge des synthetischen Cannabinoids "ADB-BINACA" (andere Trivialnamen "ADB-BUTINACA" oder "ADMB-BINACA") beginnt bei einem Gramm Wirkstoffmenge.